

ENERGIEPOLITIK

gruene.de/energie

Wir schaffen Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien. Sie sind das Fundament einer wirksamen Klimapolitik. Wir bringen Strom, Wärme, Verkehr und Industrie zusammen und verzahnen sie. Statt auf Kohle, Öl und fossilem Gas wird das zukünftige Energiesystem auf Sonnen- und Windenergie basieren. Statt an fossilen Verbrennungsmotoren festzuhalten, schaffen wir eine neue Mobilität mit E-Autos, der Bahn oder dem Rad. Statt Öl- und Gasheizungen werden Wärmepumpen, Abwärme oder Solarthermie die Heizquellen von morgen. Die Zukunft wird damit leiser, sauberer und gesünder.

Für Klimaneutralität werden wir unsere Energieversorgung komplett auf erneuerbare Energien umstellen. Denn wir brauchen die Erneuerbaren, um all unsere Lebensbereiche, Wirtschaft und Industrie nach und nach immer klimafreundlicher zu gestalten. Doch auch in einer Welt der Erneuerbaren ist Energie ein wertvolles Gut, mit dem wir sparsam und effizient umgehen müssen.

Für uns ist klar: **Klimaschutz muss für alle und überall möglich und bezahlbar sein.** Denn für den Umbau in eine zukunftsfähige und nachhaltige Wirtschaftsweise brauchen wir jede und jeden. Nur dann, wenn wir die Veränderungen für alle Menschen tragbar und attraktiv machen, werden wir auch echten Klimaschutz erreichen.

Wir werden den **Ausbau der Erneuerbaren massiv beschleunigen.** Daran hängen die Zukunft des Industriestandortes Deutschland und unsere Versorgungssicherheit. Wind- und Sonnenenergie sind dabei die tragenden Säulen. Unser Ziel ist ab sofort ein jährlicher Zubau von mindestens 5 bis 6 Gigawatt (GW) Wind an Land, ab Mitte der 20er Jahre von 7 bis 8 GW, bei Wind auf See wollen wir 35 GW bis 2035. Bei Solar werden wir den Ausbau von beginnend 10 bis 12 GW auf 18 bis 20 GW pro Jahr steigern ab Mitte der 2020er. Mit verlässlichen Rahmenbedingungen für **Planungs- und Investitionssicherheit** kurbeln wir den Ausbau an und beseitigen bestehende. Bürgerinnen und Bürger sollen wieder aktiv an der Energiewende beteiligt werden und davon profitieren können. Den Kohleausstieg wollen wir auf 2030 vorziehen.

Um die Energiewende zum Erfolg zu führen, setzen wir auf ein **Marktdesign, das die Rahmenbedingungen für ein klimaneutrales Energiesystem richtig setzt**: Es sichert den schnellen und günstigen Ausbau der Erneuerbaren, den wirtschaftlichen Betrieb von Speichern und einen ausreichenden Netzausbau. Neue Gaskraftwerke oder Infrastrukturen, die wir für den Kohleausstieg brauchen, wird es nur noch geben, wenn sie aktuell zwingend notwendig sind und bereits Wasserstoff-ready geplant und gebaut werden.

DAS HABEN WIR VOR:

FÜR EINE GRÜNE ENERGIEWENDE

- ☞ Solarenergie kann schnell und einen relevanten Teil beim Ausbau der Erneuerbaren stemmen. **Wir werden Solar zum Standard machen und in den nächsten vier Jahren für 1,5 Millionen Dächer mit Solaranlage sorgen**: beginnend mit Neubauten sowie öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie bei Dachsanierungen. In der Fläche wollen wir neben Autobahnen, Schienen, über Parkplätzen oder in Verbindung mit landwirtschaftlicher Nutzung neue Solaranlagen entstehen lassen.
- ☞ Windenergie kann günstig und verlässlich große Mengen an sauberem Strom liefern. **Wir wollen ein bundesweites Flächenziel von 2% der Landesfläche verankern**, zu dem alle Bundesländer beitragen. Die Planungen und Genehmigungen werden wir durch frühzeitige Bürger*innenbeteiligung, die Bündelung von Verfahren und mehr Personal beschleunigen.
- ☞ Um unsere Industrie, den Schiffs- und Flugverkehr zu dekarbonisieren, brauchen wir grünen Wasserstoff aus Erneuerbaren. **Mit Förderprogrammen und Anreizen sorgen wir für mehr Kapazitäten bei der Wasserstoffherstellung**. Dennoch wird der Import von grünem Wasserstoff notwendig sein. Dieser muss fair und ökologisch gestaltet werden.
- ☞ Für unsere Klimaziele ist ein **Ende der Kohleverstromung bereits 2030 notwendig**. Dies lässt sich am besten über den EU-Emissionshandel regeln. Klar ist auch: Niemand soll mehr für einen Tagebau sein Zuhause verlassen müssen.
- ☞ Wir **vollenden den Atomausstieg** und bekennen uns zum verabredeten Pfad der Endlagersuche mit höchsten Sicherheitsstandards bei größtmöglicher Transparenz und Beteiligung der Bevölkerung. Der Rückbau der bestehenden Atomkraftwerke muss schleunigst und ohne Zeitverzögerung auf höchstem Sicherheitsniveau erfolgen. Die Atomfabriken in Gronau und Lingen wollen wir schnellstmöglich schließen. Auch in der EU werden wir den Einstieg in den Atomausstieg vorantreiben.

☞ **Auch unsere Gebäude wollen wir schnellstmöglich klimaneutral machen.** Dreh- und Angelpunkt sind hohe Bau- und Sanierungsstandards. Beim Heizen wollen wir Erneuerbare einsetzen, wo immer möglich. Dafür legen wir ein Investitionsprogramm für 2 Millionen Wärmepumpen bis 2025 auf. Auch die Fern- und Nahwärme wollen wir dekarbonisieren. Durch gezielte Förderung und eine faire Aufteilung der Kosten sorgen wir dafür, dass es bei der Wärmewende sozial gerecht zugeht.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Ist Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien möglich?

Ja. Erneuerbare Energien sichern bereits heute fast 50 Prozent unserer Stromversorgung. Eine Vielzahl von Studien belegt, dass ein sicheres Energieversorgungssystem auf der Basis von 100 Prozent Erneuerbaren gestaltet werden kann.

Dafür muss das Energiemarktdesign reformiert werden – das Grundgerüst für Erzeugung, Transport und Verbrauch von Energie in den verschiedenen Sektoren. Der Verbrauch muss sich flexibel und intelligent an der Verfügbarkeit sauberen Stroms orientieren. Die Nutzung von Speichern gilt es rentabel zu machen, um die Schwankungen im Stromangebot auszugleichen. Die Zusammensetzung des Strompreises muss reformiert werden.

Für eine sichere Energieversorgung brauchen wir ausreichend Stromleitungen, deshalb wollen wir ihren Bau beschleunigen. Und für die wenigen Stunden, in denen Sonne und Wind gleichzeitig Pause machen und die Speicher sich leeren, sollen mit grünem Wasserstoff betriebene Gaskraftwerke als Backup zur Verfügung stehen. Daher ist es bereits heute wichtig, dass bei allen Infrastrukturprojekten mitgedacht wird, ob sie im Energiesystem der Zukunft gebraucht werden. Gasinfrastruktur zum Beispiel, muss auf grünen Wasserstoff umstellbar sein.

Wieso geht es auch in Baden-Württemberg mit dem Windkraftausbau nicht voran?

In ganz Deutschland sind die Probleme die gleichen: Egal, wer auf Landesebene jeweils regiert, liegen wir bei der Windenergie weit unter den Zubauraten, die wir eigentlich brauchen. Denn die zentralen Rahmenbedingungen werden vom Bund vorgegeben. Union und SPD haben in den vergangenen acht Jahren aber den Ausbau der Erneuerbaren Energien systematisch kaputt gemanagt. Die Folge: Während 2017 bundesweit noch über 1800 neue Windkraftanlagen in Betrieb genommen wurden, waren es 2019 bereits unter 300. Dagegen ist auch mit der besten Landespolitik kein Kraut gewachsen. In Baden-Württemberg sind Windparks bei der bundesweiten Ausschreibung sogar abgelehnt worden. Diese Politik der Großen Koalition hat auch erhebliche wirtschaftliche Folgen: In der Windbranche sind zwischen 2016 und 2017 allein 26.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Und es steht zu befürchten, dass diese Zahl nach 2017 noch um 40.000

weitere gewachsen ist. Nach der Bundestagswahl muss sich das endlich ändern. In den Ländern tun wir bereits jetzt schon alles, was möglich ist. Winfried Kretschmann hat etwa gerade erst im neuen Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass in Baden-Württemberg die Voraussetzungen für den Bau von bis zu 1.000 neuen Windkraftanlagen geschaffen werden – durch eine Vergabeoffensive für die Vermarktung von Staatswald- und Landesflächen für die Windkraftnutzung.

Wieso gelten in Brandenburg ähnliche Abstandsregelungen bei Windrädern wie in NRW oder Bayern, obwohl die Grünen dort doch mitregieren?

Das ist falsch. In Brandenburg wurde im Koalitionsvertrag eine Vereinbarung getroffen, die sehr viel flexibler ist als die 10h-Regelung in Bayern oder aber die Abstandsregelung in NRW. Zudem einigten sich die Brandenburger Koalitionspartner auf eine Überarbeitung des Regionalisierungskonzeptes, um die Ausbauziele zu erreichen. Die beschlossenen Abstände in Brandenburg beziehen sich auf geschlossene Siedlungen und nicht auf Kleinstbesiedlungen. Das heißt, dass Splittersiedlungen eben nicht unter die geltenden 1.000 m Abstand fallen und entsprechend Brandenburger Kommunen sehr wohl Windbebauungspläne mit kürzeren Abständen ermöglichen können. In der Konsequenz steht in Brandenburg weiterhin genug Fläche für den notwendigen Ausbau der Erneuerbaren bereit, was in Bayern und NRW dagegen nicht der Fall ist.

Wie wirken sich die Maßnahmen der Grünen auf die Strompreise aus?

Perspektivisch machen die Erneuerbaren den Strom sogar günstiger, schließlich stehen uns Sonne und Wind nahezu unbegrenzt zur Verfügung.

Wir haben als einzige Partei ein konkretes Konzept, wie ambitionierter Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen. Wir sorgen dafür, dass Klimaschutz für alle möglich und bezahlbar ist. Die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis geben wir vollständig an alle Bürgerinnen und Bürger zurück: als Energiegeld, das an jeden und jede als Pauschale ausgezahlt wird sowie über niedrigere Strompreise, indem wir die EEG-Umlage senken. Wer wenig fossile Energie verbraucht, hat am Ende des Jahres ein Plus. Das Energiegeld kommt daher vor allem Familien und Menschen mit geringem Einkommen zugute, denn gerade sie verbrauchen sehr viel weniger CO₂ als Menschen mit hohem Einkommen.

Das stärkste Instrument für günstige Strompreise ist der schnelle und massive Ausbau von erneuerbarer Energie, denn durch einen steigenden Anteil der Erneuerbaren im Angebot sinkt der Börsenstrompreis spürbar. Die Bestandteile des Strompreises – Steuern, Abgaben und Umlagen – werden wir so reformieren, dass es sich finanziell lohnt, Erneuerbare in den verschiedenen Sektoren, sei es Verkehr oder Wärme, zu nutzen und Strom zu verlässlichen und wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden kann.

Alle Arguhilfen online:

gruene.de/a-bis-z

